

03.06.2015

Einen Grexit kann niemand in Europa wollen

von *Michael Heise*

Immer mehr Stimmen werden laut, die sagen, dass ein reformunwilliges Griechenland keine Zukunft in der Eurozone habe. Die Befürworter eines Grexit argumentieren, dass der Austritt aus dem Euro nicht nur den Griechen die Eigenverantwortung für ihre Wirtschafts- und Währungspolitik zurückgeben würde, sondern auch die Eurozone mittelfristig stabiler machen könnte: andere Länder wären zu größerer Disziplin genötigt worden, um das griechische Schicksal zu vermeiden. Solche Argumente übersehen oft die Kosten, die durch einen Grexit entstehen würden, in erster Linie für die Griechen, aber auch für die gesamte Eurozone. Angesichts dieser Risiken sind die politischen Kosten eines Kompromisses verkraftbar, die sowohl die Athener Regierung als auch die Gläubiger zu tragen hätten.

Seit vier Monaten ringt Griechenland nun schon mit den internationalen Kreditgebern um eine Einigung im Schuldenstreit. Bislang zeigt die griechische Regierung kaum Bereitschaft, auf Forderungen der Kreditgeber nach weiteren Reformen in den Bereichen Mehrwertsteuer, Rente und Arbeitsmarkt einzugehen. Zudem werden wieder mehr Ausgaben von der Regierung angekündigt, die zu neuen Defiziten im Staatshaushalt führen würden. Unter diesen Voraussetzungen wird es wohl kaum zur Freigabe der weiteren Hilfspakete in Höhe von 7,2 Milliarden Euro aus dem aktuellen Hilfspaket kommen. Athen ist aber dringend auf diese Finanzspritze angewiesen, denn allein im Juni muss Griechenland Kredite im Wert von 1,6 Milliarden Euro an den IWF zurückzahlen. Ohne ein baldiges Einlenken droht ein Staatsbankrott des Landes. Eine einvernehmliche Vereinbarung über einen Schuldenschnitt ist angesichts der Reformunwilligkeit der griechischen Politik nicht zu erwarten. Ohne massive Unterstützung durch die europäischen Partner und die EZB würde ein Staatsbankrott aber fast zwangsläufig zu einem Ausstieg aus der Eurozone führen.

Eine Insolvenz und ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion wäre für den Rest der EWU mit erheblichen Belastungen und Risiken verbunden, doch ein Auseinanderbrechen der Eurozone ist nicht zu erwarten. Ansteckungsgefährdete Länder haben in den letzten Jahren Reformen umgesetzt und gefährliche Ungleichgewichte wie Leistungsbilanzdefizite stark abgebaut. So haben Irland und Portugal ihre EU-Hilfsprogramme erfolgreich beendet, der spanische Bankensektor hat sich erholt, und alle Peripherieländer sind 2014 auf den Wachstumspfad zurückgekehrt. Zudem sind die europäischen Krisenmechanismen gestärkt und institutionelle Reformen vorgenommen worden, etwa durch die Einführung des ESM, den Beschluss der europäischen Bankenunion und den Ausbau der Regeln für die Kooperation der Wirtschaftspolitik. Die Bereitschaft der EZB, über das Staatsanleihekaufprogramm (PSPP und/oder OMT) Anleihen aufzukaufen, tut ein Übriges, um die Ansteckungsgefahr für andere Peripherieländer zu begrenzen.

Auch wenn die Existenz des Euro nicht gefährdet ist, würde ein Grexit dennoch mit Rückschlägen für die Finanzmärkte und temporären Belastungen für die Realwirtschaft in der EWU einhergehen. Auch

müssten die Steuerzahler der Gläubigerländer mit erheblichen Belastungen rechnen. Nach einer zu erwartenden Abwertung der neuen griechischen Währung, könnte Griechenland die Hilfskredite in Höhe von 240 Milliarden Euro keinesfalls vollständig zurückzahlen. Zusätzlich müsste die EZB mit erheblichen Verlusten auf die von ihr gehaltenen griechischen Staatsanleihen und auf die Verbindlichkeiten rechnen, die die griechische Zentralbank gegenüber dem Eurosystem hat auflaufen lassen. Für Deutschland geht es insgesamt um ein Forderungsvolumen von rund 90 Milliarden Euro, wobei Kredite innerhalb des Privatsektors noch nicht berücksichtigt sind. Auch für Deutschland steht also viel auf dem Spiel, selbst wenn nur ein Teil der Forderungen entfielen.

Noch weitaus dramatischere Auswirkungen hätte ein Grexit für Griechenland selbst. Es wäre die sprichwörtliche Tragödie, wenn das Land jetzt, nach dem die schmerzhaften Reformen und Sparanstrengungen der Bevölkerung erste Wirkungen zeigten, austreten würde.

Im Jahr 2014 war Griechenland erfolgreich an den Kapitalmarkt zurückgekehrt, die Stimmung besserte sich, der Arbeitsmarkt stabilisierte sich, und die Wirtschaft konnte erstmals seit sechs Jahren wieder Wachstum verbuchen. Eine Staatsinsolvenz und ein Ausscheiden aus dem Euro würden der Bevölkerung Griechenlands abermals enorme Opfer abfordern. Griechische Staatsanleihen und die neue Währung würden an Wert verlieren, Banken würden ohne zusätzliche Kapitalisierung insolvent werden. Die Kaufkraft der Griechen würde gemindert, ihr Sparvermögen entwertet. Da diese Gefahr von den Sparern erkannt wird, würden sie ihre Gelder aus den Banken abziehen und ins Ausland verlagern wollen; extensive Kapitalverkehrskontrollen wären notwendig. Sicherlich könnte sich die griechische Wirtschaft mit einer schwachen Währung irgendwann wieder berappeln, aber ein langfristiger Erfolg der griechischen Wirtschaft hängt nicht von der Währung, sondern von der unvermeidbaren Reform und Modernisierung des Wirtschaftssystems ab. Soviel sollte doch inzwischen klar sein.

Was sind die Schlussfolgerungen aus dieser Analyse? Ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro ist nicht im Interesse der europäischen Partner, aber schon gar nicht im Interesse Griechenlands. Es ist zu vermuten, dass die griechische Regierung die Kosten einer Insolvenz und eines Grexit zumindest im Grundsatz erkennt und vor diesem Szenario am Ende doch zurückschrecken wird. Daher sind keine faulen Kompromisse seitens der Gläubigerländer und des IWF erforderlich. Die griechische Regierung muss darlegen können, wie sie ihren Wunsch nach höheren Sozialausgaben finanziert, ohne dass Staatsdefizite entstehen, deren Finanzierung man vom Ausland erwartet. Ob das eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist, die überfällige Eintreibung von Steuern auf hohe Vermögen oder Ausgabenzurückhaltung an anderer Stelle, sollte Griechenland entscheiden. Wichtig ist nur, dass entschieden und umgesetzt wird. Der Kampf gegen Steuerhinterziehung, Korruption und die Verbesserung des Rechts- und Staatswesens waren Versprechungen der Regierungspartei Syriza, und sie sind eine Gemeinsamkeit mit den Reformvorstellungen der internationalen Gläubiger. Auf dieser Basis müsste sich doch eine Einigung finden lassen. Die Kosten eines Fehlschlagens der Verhandlungen sind einfach zu groß.